

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
 Einleitung	 1
 1. Kapitel: Strafrechtstheoretische Vorüberlegungen	 7
A. <i>Zu möglichen strafrechtstheoretischen Grundannahmen in der Kontroverse über die Reichweite der strafrechtlichen Vermögensdelikte</i>	 7
I. Mögliche verbrechenstheoretische Bezüge	9
1. Von der Rechtsguts- zur Pflichtverletzung als dem Wesensmerkmal kriminellen Unrechts	9
2. Vom Erfolgs- zum Handlungsunwert	12
II. Mögliche straftheoretische Bezüge	14
1. Zur Aufrechterhaltung rechtstreuer Gesinnung als Aufgabe des Strafrechts (Welzel und die Lehre von der positiven Generalprävention)	14
2. Zur Normgeltung als Strafrechtsgut (Jakobs und die Lehre von der „geltungserhaltenden Generalprävention“)	18
3. Zur Aufgabe des Strafrechts, den Frieden zu sichern (Kargl)	20
III. Zusammenfassung	25
B. <i>Die Verletzung rechtlich anerkannter Freiheit als notwendige Voraussetzung eines Delikts gegen den Einzelnen – zur „Akzessorietät“ des Strafrechts</i>	25
I. Zur Gefahr naturalistischer Verkürzungen des Rechtsgutsbegriffs und zur Notwendigkeit seiner freiheitsgesetzlichen Fundierung	25
II. Skizze der hier zugrunde gelegten und für die hiesige Fragestellung relevanten (straf-)rechtsphilosophischen Prämissen	29
C. <i>Einige erste Konsequenzen für die Auslegung der Vermögensdelikte</i> ..	34
D. <i>Konsequenzen für den Gang der weiteren Untersuchung</i>	36

2. Kapitel: Zum Begriff des Besitzverbotes	39
<i>A. Bisheriger Forschungsstand</i>	40
<i>B. Keine notwendige Begriffsakzessorietät zum bürgerlichen Recht</i>	42
I. Zur Relativität der (Rechts-)Begriffe im Allgemeinen	42
II. Zur Relativität des Besitzbegriffs im Besonderen	43
<i>C. Zu den möglichen Zwecken der Besitzverbote</i>	44
I. Verhinderung der Förderung bzw. der Produktion eines Gegenstands	44
II. Abwendung der (1.) mit dem Gegenstand selbst oder (2.) mit seiner Verwendung verbundenen Gefahren	45
1. An sich gefährliche Gegenstände	45
2. Bei Verwendung gefährliche Gegenstände	46
III. Erleichterung der Strafverfolgung	46
<i>D. Der Begriff des „Besitzes“ im Sinne der „formellen“ Besitzverbote</i> ..	47
I. Besitz als tatsächliche Sachherrschaft	47
II. Zum Erfordernis einer Ausrichtung auf Dauer	50
III. Zum Erfordernis eines Willens zum Besitz	51
<i>E. Weitere Erscheinungsformen tatsächlicher Sachgewalt</i>	54
I. Ausübung tatsächlicher Gewalt	54
II. Aufbewahren, Verwahren	54
III. (Mit-[sich]-)Führen	56
IV. Vorrätig-, Feil-, Bereithalten	56
V. Lagern	56
VI. Zur Einordnung als materielle Besitzverbote	57
<i>F. Ordnung der Besitzverbote ihrem Umfang entsprechend</i>	58
I. „Reine“ Besitzverbote	58
II. Eingeschränkte Besitzverbote	58
1. Subjektive Einschränkungen	59
2. Personelle Einschränkungen	59
3. Sonstige Einschränkungen	59
<i>G. Zusammenfassung</i>	59
 3. Kapitel: Das Verbot des Besitzes und die Straftaten gegen das Eigentum	 61
<i>A. Der Begriff der Fremdheit im Kontext der Eigentumsdelikte</i>	62
I. Herrschende Definition des Fremdheitsmerkmals und abweichende Auffassungen	63
1. Der Fremdheitsbegriff Ottos	64
a) Begründungsansatz	64

b) Kritik	66
2. Der Fremdbegriff Kohlheims	71
II. Zivilrechtsakzessorietät bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	73
B. Besitzverbot und Eigentumserwerb – zivilrechtliche Vorfragen	75
I. Vorüberlegungen	76
1. Terminologisches: Verkehrsverbote, Verkehrsfähigkeit	76
a) Verkehrsunfähigkeit und die Kategorie der <i>res extra commercium</i> ..	76
b) Zum „Verkehr“ und seinen Einschränkungen im hiesigen Kontext ..	77
2. Historisches: Besitzverbot und Eigentumsunfähigkeit	80
II. Zur Möglichkeit des Eigentumserwerbs bei bestehenden Umgangs- und Verkehrsverboten (im ausschließlich nationalen Kontext)	82
1. Die Auswirkungen von Verkehrsverboten auf die Möglichkeit gesetzlichen Eigentumserwerbs	83
a) Der Standpunkt der herrschenden Meinung	83
b) Die Gegenauffassung Wolters'	85
c) Kritik und Stellungnahme	87
aa) Rekonstruktion des Analogiethese Wolters'	88
bb) Überprüfung der Analogiethese Wolters'	89
(1) „Beredtes Schweigen“ ausweislich der Gesetzesmaterialien?	91
(2) Rechtfertigung der Analogie auf Grundlage der Regelungskonzeption des gesetzlichen Eigentumserwerbs ..	91
(a) Wolters' Ausgangspunkt	91
(b) Fehlende Gleichartigkeit der Erwerbsstatbestände unter dem Gesichtspunkt des Willens zum Eigenbesitz ..	92
(3) Widersprüche innerhalb der Rechtsordnung insgesamt als Legitimation der Analogie?	95
(a) Zum Begriff des Eigentums im bürgerlichen Recht und zur Unterscheidung von Eigentumszuordnung und Eigentumsausübung	97
(b) Erwerbsverbote als Ausdruck von „Unverfügbarkeit“ und die Zuordnung von Eigentum	103
(c) Normwiderspruch aufgrund dinglicher Folgeansprüche? ..	108
d) Zwischenergebnis	110
2. Die Auswirkungen von Verkehrsverboten auf die Möglichkeit rechtsgeschäftlichen Eigentumserwerbs am Beispiel der §§ 929–931 BGB	111
a) Zum Gesamttatbestand der Übereignung	111
b) Grundsätzlich isolierte Beurteilung der Wirksamkeit von Verpflichtungsgeschäft und dinglicher Einigung	114
c) Zu den Auswirkungen der Verkehrsverbote auf die dingliche Einigung	114
aa) § 134 BGB als Transformationsnorm	115

bb) Das Objekt der dinglichen Einigung und ihr Inhalt	118
cc) Inhaltliche Abstraktion und Gesetzesverstoß – zugleich: ein Exkurs zur „sittlichen Neutralität“ von Verfügungsgeschäften . .	118
(1) Zur „sittlichen Neutralität“ der Verfügungsgeschäfte und zur Berücksichtigungsfähigkeit inhaltsfremder Umstände bei der Beurteilung ihrer Nichtigkeit gem. § 138 Abs. 1 BGB	121
(a) Auf § 138 Abs. 2 BGB gestützte systematische Erwägungen	122
(b) Zu gegenläufigen auf § 817 BGB gestützten Erwägungen	123
(c) Zur <i>ratio legis</i> von § 817 S. 2 BGB	126
(d) Schlussfolgerungen für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit abstrakter Verfügungsgeschäfte	130
(2) Schlussfolgerungen für die Verbotswidrigkeit abstrakter Verfügungen	132
dd) Übertragung dieser Erkenntnisse auf die hier thematischen Verkehrsverbote	133
(1) Schutz vor der Gefährlichkeit des Gegenstandes an sich oder seiner Verwendung	134
(2) Schutz vor den mit der Herstellung und der Gewinnung betreffender Gegenstände verbundenen Gefahren	137
ee) Zu einem möglichen Einwand aus der Teleologie des Abstraktionsprinzips	138
ff) Zu einem möglichen systematischen Einwand aus dem Verbot der Aneignung, § 958 Abs. 2 Alt. 1 BGB	140
3. Zusammenfassung der Ergebnisse und ihre Übertragung auf die Möglichkeit eines Eigentumserwerbs durch Ersitzung	141
4. <i>Exkurs</i> : Zur Gegenleistung im Rahmen eines durch Verkehrsverbote untersagten Geschäfts	143
III. Die Beurteilung der Eigentumslage bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	145
IV. Zur Frage zivilrechtlicher Folgeansprüche	148
1. Herausgabeansprüche	148
2. Die negatorische Abwehr von unberechtigten Einwirkungen auf „verbotene“ Sachen	152
3. Ansprüche auf Schadens- und Wertersatz in Geld	153
V. Zusammenfassung	156
C. <i>Besitzverbot und Eigentumsdelikt</i>	157
I. Darstellung des Meinungsstands	157
1. Teleologische Reduktion der Eigentumsdelikte in Fällen von Tatobjekten, deren Besitz verboten ist	157
2. Keine rechtswidrige Enteignung in Fällen von Tatobjekten, die der Einziehung unterliegen (der Ansatz Hoyers)	159

3. Anwendung der Eigentumsdelikte auch in diesen Fällen	160
II. Kritik	162
1. Zu den gesetzessystematischen Einwänden	162
2. Der Topos vom „Formalismus“ der Eigentumsdelikte	162
3. Das Problem der Grenzziehung: Zur Reichweite der vorgeschlagenen Einschränkung der Eigentumsdelikte (Bestimmung der „Reduktionsthese“)	165
4. Zum Ansatz Hoyers	168
III. Zwischenfazit und Gang der weiteren Untersuchung	172
IV. Zur Teleologie der Eigentumsdelikte	176
1. Die faktische Möglichkeit des Sachumgangs als Rechtsgut der Eigentumsdelikte – das Konzept der herrschenden Meinung	176
2. Die vorrechtliche Eigenrelation als Rechtsgut der Eigentumsdelikte – das rechtsphänomenologische Konzept Rosemarie Franks	177
3. Das tatsächliche selbstbestimmte Haben als Rechtsgut der Eigentumsdelikte – das Konzept Börmers	178
4. Das Ausschließungsrecht als Rechtsgut der Eigentumsdelikte – das Konzept J. Kauffmanns	178
5. Kritik und Stellungnahme	180
a) Zur inneren Widersprüchlichkeit der herrschenden Meinung	180
b) Was es ist: Zur Intelligibilität des Eigentums	182
c) Warum es ist: Vom Sinn privaten Eigentums – Eigentum und Freiheit	184
aa) Kritik sozialutilitaristischer und wohlfahrtsökonomischer Eigentumstheorien	186
bb) Eigentum und personale Freiheit	188
(1) Der Zusammenhang von Eigentum und Freiheit bei Kant ..	190
(2) Eigentum als ein Recht auf freie Wirksamkeit bei Fichte ..	195
(3) Eigentum als Dasein der Freiheit bei Hegel	198
cc) Eigentum als Rückzugsraum	203
6. Zusammenführung	207
a) Zusammenfassung zu Sinn und Struktur des Eigentums	207
b) Bedeutung für die hiesige Untersuchung	210
V. Bedeutung der Besitzverbote für die Reichweite des Anwendungsbereichs der Eigentumsdelikte	211
1. Besitzverbote als Ausdruck privater „Unverfügbarkeit“	212
2. Besitzverbote ohne Bedeutung für die Teleologie der Eigentumsdelikte am Beispiel des Betäubungsmittelstrafrechts	213
D. Zusammenfassung	218

4. Kapitel: Das Verbot des Besitzes und die Vermögensdelikte im engeren Sinne	219
A. Das Eigentum an „verbotenen“ Sachen als Teil des strafrechtlich garantierten Vermögens	220
I. Zur Gefahr von Wertungswidersprüchen zwischen Eigentums- und Vermögensdelikten und ihrer verfassungsrechtlichen Bedeutung	221
1. Das Beispiel von Raub und räuberischer Erpressung	222
2. Die Wertungswidersprüche zwischen Eigentums- und Vermögensdelikten als sachgrundlose Ungleichbehandlung wesentlich Gleicher	224
II. Zur (verfassungsrechtlichen) Möglichkeit und Notwendigkeit einer nicht auf den konkreten Geldwert abstellenden Vermögens- und Schadenslehre; die „funktionale“ Bestimmung des Schadensmerkmals durch Kindhäuser	226
1. Grundzüge der „funktionalen“ Vermögens- und Schadenslehre Kindhäusers	227
a) Das Kohärenzkriterium	227
b) Das Schadenskriterium; zugleich zur „personalen“ Schadenslehre ..	228
aa) Das Schadenskriterium	228
bb) Zur Abgrenzung von der „personalen“ Schadenslehre	229
c) Das Bereicherungskriterium; zugleich zum „intersubjektiven“ Vermögensbegriff Hoyers	230
aa) Das Bereicherungskriterium	230
bb) Zur Abgrenzung von der „intersubjektiven“ Vermögenslehre Hoyers	232
d) Die Definition des „funktionalen“ Vermögensbegriffs	234
e) <i>Exkurs</i> : Abgrenzung des „funktionalen“ zum „juristischen“ Vermögensbegriff und zur Schadenslehre Bindings sowie zu ihrer Reformulierung bei Pawlik	235
f) Zwischenfazit: zur Notwendigkeit einer „Befreiung des Strafrechts vom ökonomistischen Denken“	239
2. Zur Vereinbarkeit der „funktionalen“ Vermögens- und Schadenslehre mit der <i>lex lata</i>	240
a) Die Bedeutung der Rechtsprechung des BVerfG zum Merkmal des Vermögensschadens; zum sog. Verschleifungsverbot	241
b) Zur Vereinbarkeit der „funktionalen“ Vermögens- und Schadenslehre mit dem Verbot der „Verschleifung“ und dem Gebot der Bezifferung	244
aa) Das Kohärenzkriterium und das Bezifferungsgebot	244
bb) Die „funktionale“ Vermögenslehre und das Verbot der Verschleifung	245
cc) Die „funktionale“ Vermögenslehre und das Gebot der Präzisierung	248

dd) Zwischenergebnis	249
c) Zur Vereinbarkeit der „funktionalen“ Vermögens- und Schadenslehre mit dem Willen des Gesetzgebers	249
3. Zwischenergebnis	251
III. Ergebnis	252
<i>B. Geschäfte über „verbotene“ Sachen und das strafbewehrte Verbot des Betruges</i>	<i>252</i>
I. Die Bedeutung des § 817 S. 2 BGB für die Auslegung des § 263 StGB ...	252
II. Schlussfolgerungen für die Anwendung von § 263 StGB bei Geschäften über „verbotene“ Sachen	255
III. Ergebnis	258
<i>C. Ergebnis</i>	<i>258</i>
 5. Kapitel: Ein kursorischer Überblick zum Erarbeiteten und ein exkursorischer Ausblick auf Parallelprobleme	 261
 Literaturverzeichnis	 271
 Sachregister	 321